

IAP-Dienst®

WIRTSCHAFT

INFORMATIONEN

ANALYSEN

PERSPEKTIVEN

Der IAP-Dienst Sicherheitspolitik analysiert, kommentiert und informiert seit 1983 als politiknaher und unabhängiger Informations- und Hintergrunddienst auf der Grundlage des neuen Sicherheitsbegriffes das Politik- und Zeitgeschehen. Chefredakteur: Thomas M. Wandinger · Verleger: IAP - Publizistische Gesellschaft für Politik und Zeitgeschehen mbH München | ISSN: 1613-2890

IAP-Dienst®
WIRTSCHAFT

POLITIK AKTUELL

Globale Konjunktorentwicklung

Die Welthandelsorganisation hat ihre Wachstumsprognose für den Welthandel von ehemals 3,9 % (09-2018) auf 2,6 % (03-2019) zurückgenommen. Bislang weisen die Statistiken für 2019 ein reduziertes Wachstum von rund 3,0 % aus. Der Wachstumseinbruch wird im Sinne eines vorseilenden Handelsindikators der WTO mit der Zoll- und Gegenmaßnahmenpolitik der USA sowie mit der Volatilität der Finanzmärkte begründet. Die nächste Wachstumsprognose wird für Herbst 2019 erwartet. Parallel hierzu bemühte sich die Jahrestagung des IWF (189 Mitgliedsstaaten), die wirtschaftlich starken Länder zu mehr Investitionen anzuregen. Dennoch hat Deutschland auf der Jahrestagung, im Blickfeld der sich abzeichnenden Konjunktüreintrübung für 2019, keine weiteren Konjunkturprogramme in Aussicht gestellt. Der IWF hatte seine Wachstumsprognose für Deutschland gesenkt, die deutsche Delegation hat das Festhalten am Stabilitätspakt und der „Schwarzen Null“ erneut bestätigt. Die Bundesbank geht für 2020 von einem wieder anziehenden Wachstum aus.

AUS DEM INHALT

- > Die Wirtschaftslage auf Malta
- > US-Handelspolitik im Fokus
- > Kontinuität in Kasachstan
- > Indien unter Reformdruck
- > China: Star der Seltenen Erden

KONJUNKTURENTWICKLUNG

Albanien vor der Neuausrichtung

Nach dem NATO-Beitritt bereitet sich Albanien auf die Integration in die EU vor. Seit dem 27. Juni 2014 ist der südeuropäische Küstenstaat offizieller EU-Beitrittskandidat und profitiert angesichts des strukturellen Nachholbedarfs von entsprechenden Vorbereitungshilfen aus Brüssel. Zahlreiche Kapitel des Beitrittsprozesses sind noch nicht eröffnet. Die Anstrengungen der Regierung, die innere Sicherheit zu verbessern und das Geschäftsklima für Investoren zu erhöhen, kollidiert in der jüngeren Vergangenheit mit den fortbestehenden innergesellschaftlichen Spannungen, die im Verlauf des Frühsummers 2019 zu einer neuen Qualität geführt haben. Das politische System ist von massiven Spannungen überschattet und wird durch die entschieden auftretende Opposition gelähmt und diskreditiert. Obwohl die Kommunalwahlen (30.06.) ohne größere Zwischenfälle zu Ende gegangen waren, wurde durch die niedere Wahlbeteiligung (21 %) und den Boykott auch dieser Wahl durch die Opposition deutlich, dass die machtpolitischen Gegensätze bis auf die lokale Ebene reichen. Aus sicherheitspolitischen Erwägungen hatte Staatspräsident Ilir Meta im Vorfeld (vergeblich) versucht, die Kommunalwahl zu verhindern. Die Opposition (PD) fordert weiterhin den Rücktritt des mit Korruptions- und Wahlbetrugsvorwürfen massiv belasteten Premiers Edi Rama (PS) sowie vorgezogene Parlamentswahlen. Die PS unter Edi Rama hatte sich seit 2017 als europafreundliche Regierung mit dem Ziel eines möglichst schnellen EU-Beitritts präsentiert.

Wirtschaftslage: Da Albanien über rund 3 Mio. Einwohner verfügt, gehört der albanische Binnenmarkt mit ei-

ner Wirtschaftsleistung von real rund 11 Mrd. EUR auch innerhalb des Westbalkan zu den kleineren Märkten in Europa. Ausgehend von den fortbestehenden Strukturproblemen entwickelte sich die Wirtschaft zwar dynamisch und hochtourig, dennoch kann Albanien nur schrittweise aufholen. Infolge der landesweit noch rückständigen Infrastruktur konzentrieren sich wichtige Projekte auf die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur.

Konjunkturlage: Die albanische Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren ein kontinuierliches Wachstum von 3,4 % BIP (2016), über 4,0 % (2017) und 3,8 % BIP (2018) erreicht und damit Konstanz in der Wirtschaftsentwicklung bewiesen. Als wichtigste Wachstumstreiber fungieren die Bruttoanlageinvestitionen (Konjunkturlokomotive), der leicht steigende private Verbrauch sowie die ausgereichten EU-Mittel. Infolge des infrastrukturellen Entwicklungsbedarfes sowie angesichts der energiepolitischen Positionierung Albaniens (TAP-Pipeline) wird unter der Voraussetzung der Wahrung wirtschaftspolitischer Stabilität von einer Wachstumsoption von rund 4,0 % BIP ausgegangen. Der anvisierte Bau der „Transadriatischen Pipeline“ (TAP), die Albanien nach gegenwärtigen Vorgaben in Ost-West-Richtung durchquert, bildet als Teil des südlichen Gaskorridors zugleich das wichtigste Investitionsprojekt des Landes. Mit der Fertigstellung der Erdgaspipeline wird bis 2020 gerechnet.

Ausblick: Die innere Konsolidierung und Versöhnung können als Indikatoren dafür verstanden werden, wie schnell der fortbestehende Ausbau- und Modernisierungsbedarf umgesetzt werden kann. (tw)

Bau von LNG-Terminals

Im Verlauf politischer Großereignisse wird seitens der USA die Bedeutung und Exporterwartung amerikanischen (Fracking-)Erdgases in die EU und nach Deutschland zunehmend konkreter. Eine Potenzialstudie soll klären, welche deutschen Standorte zu LNG-(Import-)Häfen ausgebaut werden können. Ziel der deutschen LNG-Importinfrastrukturen ist die Erhöhung politischer Handlungsspielräume sowie der Versorgungssicherheit durch Anbietervielfalt im Erdgasmarkt.

Standorte: Der Standort Brunsbüttel weist Vorteile für die Versorgung des Small-Scale-LNG-Marktes (Elbe-Raum – Nordostsee-Kanal) auf. Der Standort Wilhelmshaven weist (Entfernungs-)Vorteile für Nautik, Netzanbindung und Großversorger auf und bildet mit rund 120 Verbindungen pro Woche die Hinterlandanbindungen für die DACH-Staaten. Die Entwicklung des JadeWeserPort (Wilhelmshaven) und des Güterverkehrszentrums (GVZ JadeWeserPort) wird an den Zugsbewegungen des mittlerweile entstandenen „Rail Terminal Wilhelmshaven“ (RTW) im Containerverkehr besonders deutlich. Waren es 2013 noch 19 Züge, stieg die Zahl 2018 bereits auf 869 an (heute: 120 pro Woche). Die wichtigsten Inlandsverbindungen vom JadeWeserPort sind die Häfen oder Logistikzentren von Bremen, Dortmund, Duisburg, Hamburg und Mannheim, die dann nach Österreich und in die Schweiz weiterverbinden. In beiden Hafenträumen haben sich Fracht- und Bahnoperateure angesiedelt, zudem bestehen Entwicklungsgesellschaften zur Feinausplanung der Infrastrukturoptionen und Supply-Chain sowie zur Standortentwicklung.

DEU | Budgetsanierung im Plan

Trotz Eintrübung der Konjunktur ist die Verschuldung der öffentlichen Hand im Q-1/2019 verglichen mit dem Vorjahreszeitraum um 1,1 % weiter rückläufig. Der Gesamtschuldenstand wurde um 22 Mrd. EUR auf rund 1.927,2 Mrd. EUR reduziert. Nur in den Ländern ist die Verschuldung um 0,4 % auf rund 581,3 Mrd. EUR gestiegen.

Außenhandel und Wirtschaftsleistung 2019

Im Berichtsmonat April waren nach den aktuellen Daten der Außenhandel sowie die Industrieproduktion (- 1,9 % [Prognose: - 0,5 %]) im Lichte permanenter Handelskonflikte und politischer Unsicherheiten leicht rückläufig. Die Konsumgüterproduktion ging um 0,8 %, die Einzelhandelsumsätze um rund 2,0 %, die Energieerzeugung um 1,1 % sowie die industriellen Vorleistungen um rund 2,1 % zurück. Nach Destatis-Angaben gingen die deutschen Exporte um 0,5 % (im Vergleich zum Vorjahr [3,7 % zum Vormonat]) auf rund 109,7 Mrd. EUR zurück, während die Wareneinfuhren um 2,1 % auf 91,7 Mrd. EUR anstiegen. Im Monat April schloss die deutsche Außenhandelsbilanz mit einem neuerlichen Überschuss von rund 17,9 Mrd. EUR ab. Das BMWi konstatiert eine gedämpfte Industriekonjunktur, die Deutsche Bundesbank eine verhaltene Grundtendenz. Jedoch bleibt der Ausblick bei stabilen binnenwirtschaftlichen Antriebskräften und einem breiten industriellen Fundament weiter positiv. Die deutsche Bundesbank prognostiziert nach korrigierten Frühindikatoren für 2019 in ihrer halbjährlichen gesamtwirtschaftlichen Prognose nur noch ein Wachstum von rund 0,6 % BIP. Die Erwartungen für die Jahre 2020 (Wachstumsprognose: + 1,2 % BIP) und 2021 (+ 1,3 % BIP) sind bei leicht rückläufiger Inflationsrate (Werte unter 2 %) auch seitens der Bundesbank weiter positiv.

Staatshaushalt: Im Blickfeld leicht rückläufiger Steuereinnahmen wurden die Ressorts auf Hinweis des BMF (erneut) angehalten, ihre Ausgabenplanungen zu reduzieren (Reduzierungsbetrag der Ressorts gesamt: 1,25 Mrd. EUR). Tendenziell wachsen die Etats unter Vorgabe und Einhaltung eines ausgeglichenen Bundeshaushaltes weiter an. Für das kommende Jahr sind Ausgaben in Höhe von rund 359,9 Mrd. EUR geplant. Dies entspricht zwar einer Erhöhung um rund 3,5 Mrd. EUR, die Erhöhung wurde aber um 2,7 Mrd. EUR gekürzt. Die Überschüsse des Bundes im Jahr 2018 betragen rund 11,2 Mrd. EUR. Der Entwurf für die Mittelfristige Finanzplanung des Bundes (März 2019) bis 2023 wurde daher korrigiert. Die Vorgabe des ausgeglichenen Haushalts wird bis 2023 Bestand haben. Die Investitionen des Bundes bleiben 2020 mit rund 39,8 Mrd. EUR auf unverändert hohem Niveau.

Lateinamerika: Mit der Lateinamerika- und Karibik-Konferenz fand am 28.05. in Berlin ein neues Format deutscher Außenpolitik statt. Auf Einladung von Außenminister Maas kamen Vertreter aus 29 lateinamerikanischen und karibischen Staaten (unter Ausschluss Venezuelas) sowie 1.000 weitere Konferenzteilnehmer (aus Wirtschaft und Gesellschaft) zusammen. Ziel ist es, die deutsche Zusammenarbeit in einer der am stärksten demokratisierten Regionen der Welt zu intensivieren sowie zugleich das deutsche Profil in der Region zu stärken (aufbauend auf einer engen kulturellen Verbindung). Konkret ist eine Vertiefung der Kooperation insbesondere in den Bereichen Krisendiplomatie, Wirtschaft und Handel, Klimawandel, Frauenrechte, Flucht und Migration sowie Rechtsstaatlichkeit geplant.

Konjunkturlage: Der Ifo-Geschäftsklimaindex ist im Juni 2019 auf 97,4 Punkte und damit auf den niedersten Stand seit November 2014 gefallen. Die Geschäftserwartung der befragten 9.000 Unternehmen für die nächsten sechs Monate sowie sinkende Exporterwartungen und eine Eintrübung des Geschäftsklimas im Dienstleistungssektor hatten sich negativ ausgewirkt. Nur der Handel stieg mit 7,9 Punkten leicht an. Die Lage der Unternehmen hat sich jedoch von 100,7 auf 100,8 Punkte verbessert. Zusammengefasst prognostizieren die Analysten eine leichte Konjunkturuntrübung.

Energiepolitik: Nach Angaben des Branchenverbandes VDMA Power Systems (Bündelung der Windkraftinteressen/-unternehmen) bleibt die Stimmung bei den innovationsstarken deutschen Windkraftproduzenten weiter positiv. Zusammen mit Dänemark lägen die F&E-Fähigkeiten sowie die Produktionsqualität an der Weltspitze. Gegenwärtig entfällt nach Branchenangaben auf Windräder (je nach Laufzeit-/Jahresnutzungsgrad) ein Stromanteil von rund 15-20 %. Der Neubau von Anlagen war im Q-1/2019 jedoch rückläufig, die Windräder an Land liefen 2018 nur rund 70 Tage pro Jahr. Die Gebote auf den Ausbau von Windparks sind rückläufig (Ausschreibung: 650 MW / Realisierung: 295 MW). Die Marktentwicklung in Deutschland wird als „katastrophal“ bezeichnet, da Naturschützer stark reglementierend auftraten. Das deutsche Ökostromziel von 65 % im Jahr 2030 sei nur durch eine stärkere Zulassung von Windenergieparks möglich. (tw)

EU BERICHTERSTATTUNG

Großbritanniens Zehn-Punkte-Plan 2019

Das britische Außenministerium hat mit einem Zehn-Punkte-Plan erste Grundorientierungen für einen Brexit ohne Vertrag („Hard Brexit“) geliefert. Außenminister Hunt plant, sich als „Premier-Alternative“ gegen Boris Johnson zu positionieren. Das Papier folgt der Einsicht „komme, was wolle“ und stellt darauf ab, dass sich bis Herbst 2019 keine nennenswerten Veränderungen in den EU-Verhandlungen einstellen. Für August sind im behördlichen Bereich Urlaubssperren anhängig. Eine neu aufgestellte Task Force soll Hilfen für die Exportwirtschaft anbieten, ein spezielles Verhandlungsteam soll sich der (weiter offenen) Nordirland-/Irland(Grenz-)Frage widmen. Diesem Team sollen auch Vertreter der nordirischen Nationalisten und der walisischen Konservativen angehören. Zudem soll ein neues Logistikkomitee gegründet werden, um die Güterströme zu steuern.

Die Vorlage des Zehn-Punkte-Plans folgt vor dem Hintergrund, dass durch die mittlerweile erfolgte Rechtsprechung des Generalstaatsanwalts im Falle eines „No-Deal“-Brexits ein Shutdown wie in den USA ausgeschlossen wurde.

Option 01: Bei Nichtinkrafttreten des EU-Austrittsabkommens würde Großbritannien ab dem 01.11.2019, 00:00 Uhr den Status eines Drittstaates einnehmen. Die EU-27 würden dann zu Grenzkontrollen, wie an den EU-Außengrenzen, übergehen. Die Republik Irland wäre wie Malta oder Zypern isoliert. Experten rechnen dann mit drastischen Steuersenkungen, um möglichst viele europäische Firmen auf die Insel zu locken. Im Falle dieser Option würden alle Waren und Dienstleistungen anmeldepflichtig und den EU-Grenzformalitäten unterworfen. Zugleich wären bei allen Waren aus dem Vereinigten Königreich über Zollanmelder (Economic Operators Registration and Identification Number [EORI-Nummer]) ein Zollverfahren erforderlich, da die in GBR ausgestellten EORI-Nummern nicht mehr gültig wären.

Option 02: Träte das EU-Austrittsabkommen (im unwahrscheinlichen Falle) in Kraft, würde das Vereinigte Königreich bis zum 31. Dezember 2020 in der EU verbleiben. Dann würden nach bekanntem Muster auch an der nordirisch-irischen Grenze keine Kontrollen durchgeführt.

Konjunkturlage: Im Vorfeld der Brexit-Entscheidung deuten diverse Indikatoren auf eine Eintrübung der Wirtschaftslage in Großbritannien hin. Der Einkaufsmanagerindex (Markit/CIPS) ging weiter von 49,4 auf 48,0 Punkte zurück, der erwartete Anstieg blieb aus. Alle Werte unter 50 Punkte deuten auf einen Abschwung hin. Der Ausblick für die Industrieproduktion wird im Blickfeld hoher Lagerbestände als rückläufig eingestuft.

Logistiksektor: Dem Transportgewerbe kommt im Falle eines Brexits zentrale Bedeutung zu, da hochformelle Abläufe zu erfüllen sind. Gegenwärtig passieren bis zu 10.000 Fahrzeuge täglich die Grenzkontrollstellen am Kanal. Im Falle der Option 01 würden auch britische Transportmitarbeiter (Seeleute, Flugkapitäne u.a.) eine EU-Befähigungsbescheinigung benötigen, da alle vorherigen Anerkennungen zum 01. November 2019 ihre Gültigkeit verlieren. ■

EU BERICHTERSTATTUNG

Italien – EU: Budgetkonflikt vor der Lösung

Die EU erwartet vor dem Hintergrund des Anstiegens der italienischen Staatsverschuldung von rund 133,7 % BIP (2019) auf rund 135 % BIP (2020) einen nachhaltigen Kurswechsel in der Ausgabenpolitik. Die Regierung in Rom rechnet mit einem Defizit von 2,4 % BIP, die EU mit 3,5 % BIP. Angesichts eines drohenden EU-Defizitverfahrens (Kosten: ca. 0,2 % BIP) sei nach italienischen Regierungsangaben eine Überprüfung der laufenden Ausgaben eingeleitet worden. Weitere Kosten in Höhe von rund 30 Mrd. EUR werden bei Einführung der „Flat Tax“ erwartet. Es gibt bislang keine Informationen über eine belastbare Gegenfinanzierung. Nach aktuellem Verhandlungsstand plant die Regierung in Rom, ein EU-Defizitverfahren zu vermeiden. Wie die steigende Verschuldung (bisheriger Plan) von rund 133,7 % BIP (Griechenland: 180 % BIP) für 2019 und 135,2 % BIP für 2020 (Tendenz weiter steigend [+ 3 % im Vergleich zu 2018]) reduziert werden kann, ist weiter offen. ■

AKTUELL

Deutschland | Afrikapolitik

Der neue Entwicklungsinvestitionsfonds der Bundesregierung („AfricaConnect“ / Ankündigung: 10-2018) ist für Anträge geöffnet. Ein starkes Interesse mittelständischer Unternehmen wird erwartet. Mit dem Fonds soll die Risikoscheu der Banken ausgeglichen und die Exporttätigkeit deutscher Unternehmen gefördert werden. Das Gesamtvolumen des Fonds beträgt rund 1 Mrd. EUR und gliedert sich in drei Fondsteile.

FRA | Staatsdefizit steigt an

Nach Angaben der französischen Regierung hat sich die Wirtschaftslage im Kontext anhaltender Proteste der Gelbwesten (33. Woche) verschlechtert. Die Defizitprognose der jüngeren Vergangenheit kann nicht gehalten werden und steigt von 2,0 % BIP auf 2,1 % BIP an. Auch der Rechnungshof geht von einem höheren Defizit aus (+ 0,3 % BIP), das zu einem Gesamtdefizit von 3,1 % BIP für 2019 führen könnte. Die für 2019 vorgelegte Defizithöchstgrenze von 2,7 % BIP wird zunehmend unwahrscheinlicher (2018: - 2,5 % BIP | 2017: - 2,8 % BIP). Bereits im April hatte die Regierung fiskalpolitische Maßnahmen zur Beruhigung der Gelbwesten-Bewegung angekündigt (Senkung der ESt. um rund 5 Mrd. EUR, Re-Indexierung von Renten). Die Gesamtschäden durch die Gelbwesten-Proteste (Randale, Vandalismus) stiegen auf rund 217 Mio. EUR (Höhe der Entschädigungszahlungen). Signifikante Umsatzeinbußen von bis zu 30 % verzeichnet nach dem Untersuchungsbericht des Senats der Einzelhandel, der nun Entlassungen und die Streichung von Investitionen erwägt. Die Regierung erwartet, dass die Zahl der Insolvenzen sowie die Inanspruchnahme des Gläubigerschutzes für Handwerker ansteigen werden. Zusammenfassend wird dem Senatsbereich zufolge ein Maßnahmenkatalog in Höhe von rund 17 Mrd. EUR geschnürt.

WWW.IAP-DIENST.DE

EU - NACHRICHTEN

EU | Handels-/Zollpolitik

Nach Angaben der EU-Kommission ist die Zahl internationaler Handelshemmnisse 2018 weiter gestiegen und hat ein vorläufiges Rekordhoch erreicht. Dem EU-Jahresbericht zufolge wurden 2018 insg. 45 zusätzliche Handelsbarrieren gelistet, die EU-Exporte im Wert von bis zu 51,4 Mrd. EUR tangierten. Zusammengefasst wurden im Berichtszeitraum 425 Handelsbarrieren in 59 Staaten erfasst, nur 35 (Alt-)Barrieren konnten aufgelöst werden. Neben den USA (Stahl, Aluminium), China und Indien, führten auch Algerien, die VAE, Pakistan, die Türkei, Japan, Vietnam und Brasilien neue Handelshemmnisse ein. Diese reichen von Lebensmitteln bis Cyber-Sicherheitsregeln. Nach DIHK-Umfragen sind 46 % der deutschen (Export-)Unternehmen mit Rückgängen konfrontiert.

Irland | Brexit-Prognose 2019

Der IWF hat Irland im Kontext des näher rückenden Brexit im Falle eines vertragslosen Austritts Großbritanniens als „einzigartig verletzlich“ eingestuft. Der IWF-Abschlussbericht (Artikel-IV-Konsultationen) folgert, dass Maßnahmen zur Stützung der dann wahrscheinlich einbrechenden Konjunktur unabdingbar wären. Im Falle des unregulierten Austritts Großbritanniens aus der EU (realistisches Szenario [Eintrittswahrscheinlichkeit offen]) wären der Finanz-/Kreditsektor sowie das Wachstum zentral betroffen. Im Falle eines geregelten Austritts wird ein Wachstumsabschwung von 6,8 % BIP auf 4,1 % BIP erwartet. Der IWF plädiert für eine vorsichtige Haushaltspolitik zur Wahrung der Widerstandsfähigkeit sowie zum Aufbau erforderlicher Kapitalpuffer.

30.000 SEITEN

AKTUELLES LÄNDERWISSEN

IAP-Dienst
LÄNDERDATENBANK

EU BERICHTERSTATTUNG

Malta: Robustes Wirtschaftswachstum 2019

Den südeuropäischen Inselstaaten Malta und Zypern kommt im Blickfeld der politischen Entwicklungen im östlichen und westlichen Mittelmeerbecken eine wichtige Brückenfunktion zu. Die ehemals isolierte Randlage und die auf wenige Sektoren begrenzte Wirtschaftstätigkeit gilt realpolitisch als überholt. Beide Staaten gelten als politisch stabil, weisen unternehmerfreundliche Arbeitsgesetze und eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur auf. Beide Länder gehören der EU und dem britischen Commonwealth of Nations (CW), jedoch nicht der NATO an. Nur Zypern verfügt über reiche Offshore-Erdgasvorkommen. Dafür sieht sich Malta, das mit der Türkei regen Handel treibt, mit keiner historischen Hypothek (Zypern: griechisch-türkischer Gegensatz seit 1964) überschattet.

Lage: Die geostrategisch bedeutsame Lage der Insel als „unsinkbarer Flugzeugträger“ im Schnittpunkt der Meerengen von Gibraltar und den Zugängen zum Suezkanal sowie als wichtiger Standort für Schiffs- und Flugzeugwerften hat mit Blick auf die Krisenhäufigkeit in Ägypten, die Friedensofferten in Libyen und die sensible innere Lage in Algerien und Marokko weiter an Bedeutung gewonnen. Während Malta in der jüngeren Geschichte (Zeitraum 1940-1942) selbst das Ziel von Krieg und Belagerung war (Zweiter Weltkrieg: rund 30.000 Gebäude zerstört, 1.300 Tote), hat sich der Lagenachteil im neuen Sicherheitsverbund der EU zu einem Lagevorteil verändert. Die Wirtschaft des Landes gilt mit dem maritimen Warenverkehr (Freeport Malta als drittgrößter Umladehafen im Mittelmeer), der Flugzeugwartung (zahlreiche Air Service Agreements), der Informations- und Kommunikationstechnik und der Gesundheitswirtschaft als vergleichsweise gut diversifiziert. Die Bedeutung Malτας als Knotenpunkt und „Sprungbrett“ in die MENA-Region hat sich bislang nicht erfüllt. Da die geplante Malta-Sizilien-Gaspipeline (Baubeginn 2022 geplant) bislang nicht vorangekommen ist, bleibt die hohe Abhängigkeit von Energieimporten weiter bestehen.

Konjunkturlage: Der mit rund 460.000 Einwohnern kleinste Staat der EU weist seit dem Jahr 2017 ein robustes Wirtschaftswachstum auf. Nach Wachstumsraten von rund 6,7 % BIP (2017) und 5,4 % BIP (2018) wird für das laufende Jahr ein leicht abgeschwächtes Wachstum von rund 4,9 % BIP erwartet. Mit in den südeuropäischen Staaten vergleichsweise niedrigeren Arbeitslosenraten von nur 4,3 % liegt Malta beim Pro-Kopf-Einkommen nur knapp hinter Italien und Spanien.

Außenhandel: Mit rund 460.000 Einwohnern bereitet sich die ehemalige britische Kolonie auf die Auswirkungen des Brexit vor. Großbritannien rangiert mit rund 7 % der Auslandsinvestitionen hinter Deutschland (17,4 %) und den Niederlanden (12,2 %) gemeinsam mit Irland (7 %) als drittgrößter Investor. Innerhalb des Investitionsspektrums kommt dem Finanzsektor eine hohe Bedeutung zu, daher werden in diesem Sektor nach Einschätzung der Ratingagentur S&P gewisse Risiken gesehen. Da die Finanzwirtschaft weiter eng mit Großbritannien verbunden ist (GBR als Handelspartner auf Platz sechs), werden in diesem Sektor die größten Auswirkungen erwartet, obwohl sich die Abhängigkeit Maltas von der britischen Wirtschaft und die maltesischen Exporte nach Großbritannien von ehemals rund 40 % auf rund 2,4 % stark reduziert haben. Wichtigste Abnehmerländer für Produkte und Dienstleistungen aus Malta sind heute Deutschland (12,4 %), Italien (8 %) sowie Libyen und Frankreich mit jeweils rund 7 % der Gesamtexporte. Nur bei den maltesischen Einfuhren konnte Großbritannien nach Italien (19,8 %) und Deutschland (7 %) seine Position auf Platz drei halten. Rund 17 % der ausländischen Arbeitskräfte (- 1,8 % der Gesamtbeschäftigten) kommen heute noch aus Großbritannien.

Ausblick: Nach Angaben der maltesischen Zentralbank werden die negativen Folgen des Brexit als moderat eingestuft. Die Analysten gehen von Rückgängen von - 0,24 % bis - 0,54 % BIP aus. Da sich in der jüngeren Vergangenheit die britischen Tourismuszahlen von 80 % (1980er Jahre) auf 30 % (2018) reduziert haben, werden die direkten Brexitfolgen (mit Austrittsvertrag) noch als moderat eingestuft. Mit der Eindämmung der OK und des Drogenhandels sind die Herausforderungen im Bereich innere Sicherheit unverändert. (tw) ■

WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

USA: Konturen der neuen US-Handelspolitik

Der Berichtszeitraum Mai-/Juni hatte für die USA und China im Kontext des G20-Gipfels in Osaka (JPN / 28.-/29.06.) eine besondere Bedeutung. In beiden Staaten wirken sich nun die politischen Spannungen auf die volkswirtschaftlichen Fundamentaldaten aus.

USA – China: China verweist in seinem aktuellen Dossier zu den bislang gescheiterten elf Runden der US-amerikanisch-chinesischen Handelsgespräche (Whitepaper / 23 Seiten) auf den Sachstand, dass im Gegensatz zur US-Position, ein Handelskrieg nicht leicht zu gewinnen sei. Der Konflikt schade nicht nur China und der Weltwirtschaft, sondern auch den USA. China führt die Verhandlungen auf dem Prinzip der Gleichheit und verweist auf das Erfordernis gegenseitigen Nutzens. Nach US-Ermittlungen gegen Huawei folgen nun chinesische Ermittlungen gegen den US-Logistikkonzern Fedex. Der Verhängung von US-Zöllen gegen chinesische Einfuhren folgten chinesische Zölle in Höhe von rund 60 Mrd. USD auf US-Einfuhren nach China.

Nachfolgend haben am 25.06. im Vorfeld des G20-Gipfels im japanischen Osaka die chinesischen und US-amerikanischen Delegationen ihre Verhandlungen wieder aufgenommen. Die Verhandlungsdelegationen haben das bilaterale Treffen der Führer der beiden Weltmächte (Präsident Trump - Präsident Xi) in Osaka vorbereitet. Die chinesische Delegation wurde von Handelsminister Wang Shouwen angeführt. Ziel der chinesischen Delegation war die Sondierung von Kompromissen. Die Handelsgespräche waren im Mai, im Kontext beiderseits verhängter Zollerhöhungen, ergebnislos abgebrochen worden. Der Handelskonflikt schlägt sich in beiden Staaten bereits in den Handelsbilanzen und Wachstumsszahlen nieder. So hat der IWF seine Wachstumsprognose für China von 6,3 % BIP auf 6,2 % BIP infolge der Verhärtung des Handelskonfliktes mit den USA zurückgenommen. Für das laufende Jahr wird noch ein Wachstum von rund 6,0 % BIP prognostiziert.

USA – Japan: Im Verlauf des US-amerikanischen Staatsbesuches (27.-/28.05.) wurde angekündigt, dass die Zeichnung eines bilateralen Freihandelsabkommens (FTA) erst für August 2019 (und damit deutlich nach den Parlamentswahlen in Japan) erwartet wird. Die USA beharren weiter auf einer Verringerung des US-Handelsdefizits (Folge: Reduzierung japanischer Kfz-Importe, Erhöhung von US-Agrarexporten). Bei den seit April 2019 geführten Handelsgesprächen (Positionen lagen weit auseinander) wurden die Importquoten für den Automotiv-Sektor zunächst ausgeklammert. Mit Beginn des 01. Januar 2019 trat für Japan das multilaterale Freihandelsabkommen (TPP-11) sowie zum 01. Februar 2019 das Freihandelsabkommen mit der EU in Kraft (Linie: sinkende Importzölle zu Lasten der US-Agrarindustrie).

Konjunkturlage: Nach Angaben der Federal Reserve hat die US-Industrieproduktion um rund 0,4 % und das verarbeitende Gewerbe um rund 0,2 % (nach - 0,5 %) zugelegt. Die Kapazitätsauslastung stieg auf rund 78,1 % an, während die Einzelhandelsumsätze um rund 0,5 % anstiegen. Die Mai-Werte zeigen eine weiter robuste US-Wirtschaft an. Im Monat Mai ging nach Angaben des US-Arbeitsministeriums der Aufbau neuer Stellen (außerhalb des Landwirtschaftssektors) auf rund 75.000 zurück (Prognose: 180.000). Die Zahlen lagen damit deutlich unter den Vormonatswerten (04-2019), die um rund 40.000 auf rund 224.000 nach unten korrigiert wurden (Spitzenwert 01-2019: 320.000 neue Jobs). Gegenläufig ist weiter die rekordniedere Arbeitslosenrate von rund 3,6 %. Im Berichtsmont Juni wurde die längste Aufschwungphase in der Geschichte der USA (zehn Jahre) eingeholt. Die volkswirtschaftlichen Daten deuten auf ein weiteres Wachstum, aber auch auf eine größere Investitionsvorsicht der Unternehmen (politische Risiken steigen) hin. Im Blickfeld sich leicht eintrübender Konjunkturdaten wird für Ende Juli 2019 die erste Zinssenkung der Fed seit zehn Jahren erwartet (derzeit 2,25 % bis 2,5 %), um die Kaufkraft der Verbraucher zu stärken. Die Immobilienverkäufe gaben im Jahresvergleich um rund 1,1 % nach. Mit 50,6 Punkten ist der Einkaufsmanagerindex in den USA auf den tiefsten Stand seit Juli 2018 gefallen. Für das laufende Jahr erwartet die Fed dennoch ein um 0,1 % leicht erhöhtes Gesamtjahreswachstum von 2,1 % BIP. (tw)

AKTUELL

USA - GBR | Handelsvertrag

London strebt mit den USA einen neuen Handelsvertrag an, der indes nur nach Austritt der EU möglich ist. Die US-Regierung will ein solches FTA nun aktiv unterstützen. Der Handelsbilanzsaldo der USA gegenüber Großbritannien ist von 0,9 % (2016) über 3,2 % (2017) auf rund 5,4 % (2018) gestiegen. Gleichzeitig ist er gegenüber Frankreich von - 15,6 %, über - 15,3 % auf - 16,2 % gefallen. Analysten erwarten mit Blick auf britische Fachinformationen für die Zeit ab Oktober 2019 drei voneinander unabhängige Entwicklungen, die sich auf bereits verfestigende Indikatoren abstützen lassen. Erwartet wird eine drastische Senkung der britischen Unternehmenssteuern, um Unternehmen und Finanzinvestoren vom europäischen Kontinent (Schwerpunkt Paris) abzuwerben. Zweitens wird in London mit steigenden Immobilienpreisen gerechnet. Drittens wird in der Realwirtschaft durch die eintretenden Logistikprobleme eine Verknappung und ein Absinken des BIP erwartet.

USA | Soziale Lage

Vor dem Hintergrund des stabilen Wirtschaftswachstums bei sich verschärfenden sozialen Disparitäten hat der Internationale Währungsfonds (IWF) die Wirtschaftsentwicklung der USA kritisiert. Die soziale Lage verschlechterte sich (rund 45 Mio. Arme bei einer Gesamtbevölkerung von rund 320 Mio.), die Lebenserwartung sinke im Vergleich zu den G7-Staaten (Drogenkonsum), die soziale Mobilität gehe zurück, die sozialen Disparitäten (Wohlstandsentwicklung) verbreitern sich, die öffentlichen Schulden seien nicht nachhaltig refinanziert.

WARNMELDUNGEN
PER SMS WELTWEIT



IAP-Dienst
ALPHA

GLOBALISIERUNG

Türkei | Wirtschaftsentwicklung

Die US-Ratingagentur Moody's hat die Bonität der Türkei erneut von „Ba3“ auf „B1“ gesenkt. Das Kreditrating der Türkei rutscht im Bereich des „Ramschstatus“ um einen weiteren Grad ab. Die Bewertung von Moody's folgert, dass eine Zahlungsbilanzkrise ebenso wie eine Staatspleite im Risikobereich liegen. Der mögliche Zahlungsausfall wird mit rund 28 % beziffert. Begründet wird die Einstufung durch die politische Situation im Land (Spannungen Regierung versus Zentralbank, Korrektur der OB-Wahl in Istanbul u.a.), das schwindende Investorenvertrauen und die Gewinnung von Portfolioinvestitionen zur Zahlung des Schuldendienstes und der Aufrechterhaltung des Wachstums.

Wirtschaftslage: In den ersten vier Monaten 2019 sind die Wirtschaftsleistung nach Angaben der Zentralbank um 2,6 % BIP, der Privatkonsum um rund 4,7 % und die Investitionen um rund 13 % weiter zurückgegangen. Im Vorquartal betrug der Rückgang bereits 3,0 % BIP. Im Vergleich zum Q-1 des Vorjahres ist das Wachstum allerdings um rund 1,3 % BIP gestiegen. Im Ergebnis befindet sich die Türkei nicht mehr in der Rezession (Vorquartale: - 2,4 % BIP und - 1,5 % BIP). Experten führen den leichten Wachstumsanstieg auf öffentliche Programme und einen um 7,2 % höheren Staatsverbrauch zurück. Die Kreditvergabe der Staatsbanken stieg um rund 30 % an.

IWF – Türkei: Im Blickfeld der komplizierten (Rüstungs-) Verhandlungen mit den USA (S-400 Flugabwehr-Raketensystem) kommt die Abwertung der Türkei zu einem überaus sensiblen Zeitpunkt, da die Gefahr möglicher US-Sanktionen weiter im Raum steht. Im Falle der Verhängung von US-Sanktionen, würde die Gewährung von Stützungskrediten des Internationalen Währungsfonds, die als Sicherheitspolster zur Stützung des Investorenvertrauens bewertet werden, ausgeschlossen. Die Beantragung von IWF-Stützungskrediten wird seitens Ankara ausgeschlossen.

SUBSAHARA AFRIKA

Wirtschaftslage Sudan und Südsudan

Sudan: Im Großraum Khartum – Omdurman (Schwesterstadt) siedeln rund 8 Mio. Einwohner. Im Zuge der anhaltenden Demonstrationen ist die Bargeldversorgung nun knapp geworden. Die Schlangen an den Geldautomaten haben zugenommen (Wartezeit bis zu zwei Tage). Der tägliche Höchstabhebebetrag beträgt 2.000 Sudanesischer Pfund (40 USD), die Inflationsrate ist auf rund 70 % gestiegen. Bereits 2018 wurde die Landeswährung dreimal abgewertet. Der Run auf die Banken und Geldautomaten zur Sicherung der Bargeldreserven (Schwarzgeldtausch in USD) hat mit voller Wucht eingesetzt. Ob die Bargeldversorgung durch die Militärjunta bewusst reduziert wird, um den Handlungsspielraum der Demonstranten einzuengen, ist weiter offen (nicht bestätigt). Stromunterbrechungen, Benzinknappheit und Versorgungsengpässe kennzeichnen die Lage (HDI-Index: Rang 167 von 189 Staaten).

Südsudan: Der Südsudan gehört wegen der innenpolitischen Konflikte weiterhin zu den strukturell ärmsten Staaten der Welt. Es gelangen seit der staatlichen Unabhängigkeit nur begrenzte Fortschritte zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Erdölexporteurs. Weiterhin laufen die Erdölexporte über sudanesisches Territorium. Der VN-Sicherheitsrat drängt den Südsudan zur schnelleren Umsetzung der Friedensvereinbarungen. Nach den im September 2018 ursprünglich vereinbarten Absprachen sollte bis zum 12.05. Klärung über 59 Punkte zur Bildung einer Einheitsregierung im Südsudan herbeigeführt werden. Tatsächlich sind aktuell nach offiziellen Verlautbarungen aus dem Umfeld von Präsident Kiir und Rebellen-/Oppositionsführer Machar erst 27 Punkte abschließend geklärt worden, über 17 wird noch verhandelt, 15 sind noch nicht geprüft worden. Der Ministerrat der „Intergovernmental Authority on Development“ (IGAD) hatte am 08.05. in Juba einer Verlängerung der Frist zur Bildung einer Übergangsregierung um sechs Monate zugestimmt, die von Präsident Kiir vorgeschlagene Verschiebung um ein Jahr indes abgelehnt. Ursprünglich hätte die Regierung zum 12.05. gebildet werden sollen. Die seit einem Jahr geltenden Sanktionen wurden durch den VN-Sicherheitsrat um ein weiteres Jahr verlängert. Während Machar die Verzögerung mit Sicherheitsproblemen begründet, sehen Beobachter bei beiden Parteien einen mangelnden politischen Willen, finanzielle Forderungen und Zeitüberschreitungen bei den Verhandlungen als Hauptgründe für die mangelhaften Fortschritte zur Klärung der Machtverhältnisse. Der Südsudan reagierte auf die Sanktionsverlängerung mit Kritik, da damit die Gegner der Einigung unterstützt würden und die Verlängerung des bestehenden Waffenembargos die Regierung schwäche. Die im VN-SR vertretenen Länder der Regionalorganisation für Ostafrika IGAD favorisieren hingegen die Unterstützung der Regierung. ■

SUBSAHARA AFRIKA

Neue Investitionsprojekte in Tansania

Die Volkswirtschaft Tansanias weist mit einem Wachstum von rund 7 % BIP eine Sonderstellung in Ostafrika auf. Hauptdevisenbringer sind weiterhin Bergbauprodukte (Gold, Diamanten, Bauxit), wichtigster Wirtschaftssektor hingegen die Landwirtschaft. In Tansanias größtem Wildschutzgebiet, dem zentralen Selous-Reservat, hat der Bau eines Staudamms am Rufiji-River begonnen, der die prekäre Stromversorgung des Landes erheblich verbessern soll. Der Staudamm wird von ägyptischen Firmen gebaut. Das Kraftwerk soll im Endausbau eine Leistung von 2,1 GW haben. Das Projekt ist mehrfach umstritten, sowohl Naturschützer als auch Energieexperten bezweifeln die Sinnhaftigkeit des Projekts. Neben der Zerstörung großer Teile des Reservats durch Überflutungen wird die Gefahr der Abhängigkeit von der Wasserführung des Flusses kritisiert, der durch eine durch den Klimawandel von Dürren bedrohte Region fließt. Darüber hinaus ist die Finanzierung der Gesamtkosten von 3,9 bis 10 Mrd. USD bei aktuell verfügbaren 500 Mio. USD ungeklärt. Die WB und der IWF haben keine Kredite gewährt. Erwartet wird, dass China die Finanzierung übernimmt. ■

WELTWIRTSCHAFT

Kasachstan: Der Neuwahl folgt Kontinuität

Bei den kasachischen Präsidentschaftswahlen (09.06.) ging Ex-Premier, Senatspräsident und Amtsnachfolger Kassym-Zhomer Tokajew (66) mit rund 71 % erwartungsgemäß als klarer Sieger hervor. Er wurde von Ex-Präsident Nursultan Nasarbajew nominiert und von der staatstragenden Mehrheitspartei „Nur Otan“ unterstützt. Die Wähler konnten sich zwischen sieben nominierten Kandidaten entscheiden (Wahlbeteiligung rund 77,4 % | 11,95 Mio. Wahlberechtigte). Die Kosten der vorgezogenen Wahlen betrugen rund 24,5 Mio. USD. Tokajew studierte in Russland, spricht chinesisch und verweilte als Diplomat in China. Er gilt als skandalfreier Kosmopolit und kennt den kasachischen Machtapparat im Detail. Nachfolgend wurde Interimspräsident Tokajew am 12.06. als neues Staatsoberhaupt vereidigt. Die Wahlbeobachter der Organisation für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stellten Verstöße gegen das Recht auf Versammlungsfreiheit sowie Wahltäuschung und Informationsmangel (durch Internetsperrung) und die ungleiche Präsenz der Kandidaten in den Medien fest.

Wahlprozess: Die Durchführung des Wahlprozesses wurde von der OSZE (als unfrei, unfair) kritisiert. Im Verlauf der Wahl des seit dem 20.03.2019 bereits geschäftsführenden Präsidenten kam es in Nur-Sultan und Almaty zu schweren Ausschreitungen. Rund 950 Demonstranten (andere Quellen: 500) wurden nach massivem Polizeieinsatz festgenommen. In Gewahrsam genommen wurden auch Vertreter kritischer Medien (u.a. „Radio Liberty“). Die Proteste werden vorwiegend von jungen Aktivisten (wie „Wach auf, Kasachstan“) getragen. Polizei und kasachische Sonderkräfte waren im Einsatz. Nach Komplettaustausch der Regierung (01-2019) hatte im März 2019 der gesundheitlich angeschlagene Langzeitpräsident Nursultan Nasarbajew (1990-2019 / „Führer der Nation“ auf Lebenszeit / Vorsitzender des Sicherheitsrates) seine Macht unter Fortgeltung von Rechten und Einflussmöglichkeiten abgegeben. Senatspräsidentin (zweithöchstes Staatsamt) ist weiterhin Dariga Nasarbajewa.

Neuaufrichtung: Bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen, ein Novum in Kasachstan, konnte keiner der Herausforderer einen glaubhaften Gesellschaftsentwurf präsentieren, der als Alternative zum System Nasarbajew-Tokajew tragfähig war. Nach den nun abgeflauten Protesten nach den Präsidentschaftswahlen plant der Präsident Tokajew erste Veränderungen im Finanz- und Bankensektor. Im Zentrum stehen die Abschreibung von (Privat-)Schulden von rund einem Sechstel der Bevölkerung (ca. 3 Mio. / 500.000 zahlungsunfähig [Durchschnittsschuldung: 800 USD]), um damit die Kaufkraft im Binnenmarkt zu erhöhen. Im Gegenzug sollen die aufwändigen staatlichen Rettungsaktionen für Privatbanken beendet werden (bisherige Aufwendungen: rund 18 Mrd. USD). ■

RUSSLAND: WIRTSCHAFTSAUSBLICK

Russland hat auf Entscheidung des Kreml nach der Verlängerung der EU-Sanktionen (seit 2014 anhängig) die russischen Gegensanktionen bis Ende 2020 erneut verlängert. Landwirtschaftliche Importe (Fleisch, Milch, Obst, Gemüse) aus der EU und den USA, Kanada, Australien und weiteren Staaten sind demnach untersagt. Im Gegensatz hierzu hat der Europarat am 24.06. die Russland-Sanktionen (andere Ebene) aufgehoben.

Mit der chinesischen Delegation auf dem Wirtschaftsforum von St. Petersburg, die 1.000 Delegierte umfasste, wurde die künftige Bedeutung der russisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen überdeutlich. Beide Präsidenten traten vor dem Hintergrund des niederen russischen (0,5 % BIP) und des weiter hohen chinesischen (rund 6,3 % - 6,5 % BIP) Wachstums auf dem Forum vor Wirtschaftstreibern gemeinsam auf. Diverse Indikatoren deuten darauf hin, dass die Zustimmung zu den bereits 2014 verhängten (EU-/US-)Sanktionen gegen Russland auf russischer und europäischer Seite infrage gestellt werden. Im Blickfeld deutscher Auslandsinvestitionen in Höhe von 3 Mrd. EUR zeichneten DEU (BMW [Delegationsleitung: BMWi Minister Altmaier]) und RUS eine „Absichtserklärung für eine Effizienzpartnerschaft“. ■

AFRIKA

Afrikas erste Freihandelszone

Am 30.05. ist die Afrikanische Freihandelszone (AfCFTA) in Kraft getreten. Zuvor war mit der Ratifizierung durch Gambia als 22. Staat die erforderliche Mindestzahl an teilnehmenden Staaten erreicht worden. Die AfCFTA bildet mit rund 1,2 Mrd. Menschen den weltweit größten gemeinsamen Markt. Auf der ersten AfCFTA-Ministerkonferenz in Addis Abeba (ETH) wurden am 07.06. erste Einzelheiten zur Realisierung des Abkommens über die afrikanische kontinentale Freihandelszone festgelegt. Die Gemeinschaft ergänzt die bestehenden regionalen Vereinigungen, wie die Zollunion des Südlichen Afrika (SACU) mit fünf Staaten am Kap (Führungsstaat Südafrika) und die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), der 15 Staaten Westafrikas (Führungsstaat Nigeria) angehören. Details sind aus der Ministerkonferenz bisher nicht bekannt geworden; es wird mit einem längeren Abstimmungsprozess gerechnet.

Südafrika | Gold-Bergbau

Der drittgrößte Goldförderer der Welt (Anglo Gold Ashanti) hat sich aus dem Goldbergbau in Südafrika zurückgezogen und zahlreiche Goldminen (inkl. Mponeng-Mine) verkauft. Die hohen Förderkosten und die instabilen Rahmenbedingungen (geologische Abbaukosten, Streiks, Unruhen) gelten als Grund für das Disengagement. Südafrika ist vom einst größten Goldförderland mittlerweile auf Rang sieben (Anteil: 4 % der globalen Goldproduktion) zurückgefallen. Australien, China und die USA dominieren den Markt. Um die südafrikanischen Goldvorkommen zu heben, sind enorme Bergbauleistungen in Tiefen bis zu 3,6 km erforderlich. Zudem lassen die geologischen Formationen eine überwiegend maschinelle Förderung nicht mehr zu.

INFORMATIONEN
PERSPEKTIVEN
ANALYSEN

INFORMATIONEN
ANALYSEN
PERSPEKTIVEN
35
JAHRE

OSTEUROPA

Russland - Belarus | Erdöl

Die am 19.04. festgestellte Chlorid-Verunreinigung von russischem Erdöl in der nach Westen führenden Pipeline „Druschba“ (Kapazität: rund 1,4 Mio. bpd), die sich in Belarus in einen südlichen Arm (via Ukraine) und einen nördlichen Arm (via POL – DEU [Schwedt und Leuna]) nach Westen teilt, hat für den Betreiber Transneft erhebliche Umsatzeinbußen gebracht. Rund 35,7 Mio. Barrel (erhebliche Menge) wurden verunreinigt. Die Druschba liefert 25 % der RUS-Rohölexporte in die EU. Die Ursache des Schadens ist Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen, die am Erdölsammel- punkt Samaratransneft-Terminal ansetzen. Chloride werden branchenintern eingesetzt, um „reife Ölfelder“ bis auf den Grund abzusaugen. Auch bei Bohrprozessen werden Chloride eingesetzt. Wird der Einsatz der Chemikalie übertrieben, entstehen Verunreinigungen, die über den Grenzwerten liegen und dann auffallen. Zum 10.06. wurden die Erdöllieferungen mit der Traditionserdölmarke „Ural“ wieder aufgenommen. Die Erdölmarke „Ural“ ist ein Mix aus verschiedenen Erdölquellen (Lieferanten, Beistellungen durch Erdölhändler), die von Transneft zusammengeführt werden und für deren Ergebnis Transneft dann die Lieferantenhaftung (auch im aktuellen Fall) übernimmt. Von den Verunreinigungen betroffen sind die europäischen Endkunden sowie das Transitland Belarus, das Durchleitungsgebühren verliert. Minsk hat Moskau daher mit massiven Schadensersatzforderungen konfrontiert, da die Raffinerieparks zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen des Landes gehören. Da Minsk die Anerkennung der Annexion der Krim und der ostukrainischen Gebiete vermieden hat und zu Kiew weiterhin gute Beziehungen aufrechterhält, kommt dem Erdölkonflikt auch eine politische Dimension zu. Der reguläre Prüfrhythmus sieht eine tägliche Schwefelgehaltsprüfung und eine rund zehntägige Chloridprüfung vor.

WELTWIRTSCHAFT

Zentralasiatische Wirtschaftskooperation

Zur 05. Sitzung des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates der „Eurasischen Wirtschaftsunion“ (EAWU) trafen sich am 29.05. in der kasachischen Hauptstadt Nur-Sultan die Präsidenten von Belarus (Lukashenko), Kasachstan (Tokajew), Kirgisien (Jeenbekov), Russland (Putin) sowie der armenische Premierminister (Pashinyan). Auf der Tagesordnung standen die Gründung des „Rates für Wirtschaftspolitik“ sowie die Abstimmung der makroökonomischen Politik der Union für 2019-/2020. Das neu geschaffene Organ („Rat für Wirtschaftspolitik“) zeichnet künftig für die Koordinierung der Zusammenarbeit der wirtschaftlichen Institutionen der Mitgliedsstaaten sowie für die Verbesserung der Investitionsattraktivität verantwortlich. Ferner wurde ein Abkommen über den Mechanismus der Rückverfolgbarkeit der in das Zollgebiet der EAWU eingeführten Waren unterschrieben. Der sich stetig intensivierenden Wirtschaftskooperation im Bereich der EAWU folgte das GUS-Gipfeltreffen, auf dem (weitere Mitgliedsländer [Republik Moldau, Aserbaidzhan, Turkmenistan]) erneut wirtschaftspolitische Fragen im Vordergrund standen.

GUS-Gipfel (Aschgabat): Nachfolgend fand am 31.05. auf der Ebene der Staats-/Regierungschefs der GUS-Mitgliedsstaaten in Aschgabat (Turkmenistan) das halbjährliche GUS-Gipfeltreffen statt („Sommertreffen“). Die Regierungschefs aus Aserbaidzhan, Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Russland, Tadschikistan, Usbekistan, der Republik Moldau sowie aus Turkmenistan erörterten die Umsetzung der koordinierten Zollpolitik sowie Maßnahmen zum Schutz des geistigen Eigentums (Handel, Entwicklung) innerhalb der GUS (ferner: Abkommen über die Koordinierung der Grundlagenforschung, Programm für innovative Zusammenarbeit bis 2030). Die nächste Sitzung der GUS-Regierungschefs ist am 25.10. in Moskau terminiert. Die Beschlüsse der beiden wichtigsten wirtschafts- und handelspolitischen Integrationsforen waren dem Besuch des EU-Ratspräsidenten (Donald Tusk) vorgeschaltet.

Zentralasienreise des EU-Ratspräsidenten: Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl in Kasachstan (09.06.) besprach Ratspräsident Tusk mit dem kasachischen Präsidenten Tokajew sowie mit Ex-Präsident Nazarbayev (Status „Anführer der Nation“ [2010]) den Prozess der Machtübergabe in Kasachstan (31.05.). Ferner wurden Maßnahmen zur Verbesserung des wirtschaftlichen Klimas für EU-Unternehmen sowie eine Reihe politischer Zukunftsfelder (Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Verbesserung der Korruptionsbekämpfung) besprochen. Vorgeschaltet waren bilaterale Gespräche in Duschanbe mit dem tadschikischen Präsidenten Rahmon (regionale Sicherheitslage und Afghanistan).

SCO-Gipfeltreffen (Bischkek): Am 13./14.06. sind in der kirgisischen Hauptstadt die Staats- und Regierungschefs der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) zu umfassenden Gesprächen zusammengekommen. An der Konferenz waren die hohen Vertreter der Mitgliedsstaaten (China [Xi], Russland [Putin], Kasachstan [Tokajew], Kirgisien [Jeenbekov], Tadschikistan [Rahmon], Usbekistan [Mirziyoyev], Indien [Modi], Pakistan [Khan]) sowie der Beobachterländer (Belarus [Lukaschenko], Afghanistan [Ghani], Mongolei [Battulga], Iran [Ruhani]) beteiligt. Auf der Agenda standen die Vertiefung der Sicherheitskooperation (Terrorabwehr, illegaler Drogenhandel) sowie Folgen des Handelskonfliktes zwischen China und den USA. Neben der gemeinsamen Abschlusserklärung wurden über 20 Dokumente sowie zahlreiche bilaterale Abkommen und Verträge gezeichnet. Den Abschluss des diplomatisch bedeutsamen Konferenzzeitraums bildete dann das 5. CICA-Forum in Duschanbe.

CICA-Forum (Duschanbe): Das fünfte CICA-Forum (CICA - Conference on Interaction and Confidence-Building Measures in Asia [14./15.06.]) vereint 29 Mitglieder sowie 21 Beobachterstaaten und Organisationen des asiatischen Kontinents (Ziel: nachhaltige Stabilität und Sicherheit in der Region). Am Forum nahmen zehn Staatsoberhäupter (u.a. China, Russland, Türkei), 16 Premierminister (u.a. Pakistan, Afghanistan, Israel) sowie Vertreter der USA und VN-Delegierte teil. Die mediale Aufmerksamkeit richtete sich auf den Besuch des iranischen Präsidenten (Ruhani). Die tadschikisch-iranischen Beziehungen gelten seit 2014 als schwer belastet (Wiederannäherung und Entspannung). (rg/tw) ■

Indien: hohe Erwartungen an Reformen

Der amtierende Premier Narendra Modi hat mit der hindunationalistischen Bharatiya Janata Partei (BJP) nach einem sechswöchigen Wahlzyklus (11.04.-19.05.2019) mit 303 von 545 zur Wahl stehenden Abgeordneten (Wahl 2014: 282 Sitze) die absolute Mehrheit im Parlament (historischer Wahlsieg) erreicht. Es war dies die deutlichste Wiederwahl einer Regierungspartei in Indien seit 1971. Modi (68) ist seit 1984 der erste Premier, der zwei aufeinanderfolgende Wahlen gewonnen hat. Modi konnte seine Popularität weiter steigern, regiert seit 2014 und wurde mit dem Parteienbündnis „Nationale Demokratische Allianz“ (NDA [gesamt 358 Sitze]) wie erwartet durch Staatspräsident Ram Nath Kovind für eine zweite, fünfjährige Amtszeit berufen. Der oppositionelle Indische Nationalkongress (INC), der stärker sozialdemokratische und säkulare Ziele verfolgt, unter Rahul Gandhi (Enkel der Ex-Premierministerin Indira Gandhi) kam mit seinem Parteienbündnis „United Progressive Alliance“ (UPA) auf 52 Mandate (2014: 44 Sitze). Rund 600 Mio. der ca. 1,3 Mrd. Inder(-innen) hatten gewählt, die Wahlbeteiligung lag bei rund 67 %.

Ausgangslage und Zielsetzung: Während der ersten fünfjährigen Amtsperiode hat Premier Modi eine weitreichende Steuer- und Bürokratierreform durchgeführt, die Korruptionsbekämpfung forciert, jedoch zahlreiche 2014 propagierte Ziele (Reinigung des Ganges, Armutsbekämpfung) nicht erreicht. Während der ersten Amtsphase hat sich durch die hindunationalistische Zielsetzung (Hindutva-/Hinduness-Ideologie [Vision von einer homogenen Hindu-Gesellschaft]) die ethno-religiöse Fragmentierung soweit verschärft, dass die praktizierte (verfassungsrechtlich gesicherte) Religionsfreiheit der rund 170 Mio. Muslime und damit der innere Zusammenhalt der Gesellschaft als gefährdet erscheint.

Wirtschaftslage: Indien repräsentiert die drittgrößte Volkswirtschaft Asiens (Wachstumsziel 2019: ca. 7,0 % BIP [ADB-Prognose]). Bereits die Steuerreform zur Einführung einer einheitlichen landesweiten Umsatzsteuer 2018 (historischer Durchbruch), hat nach den Belastungen im Zuge der Neueinführung von Bargeldnoten (08.11.2016 / Austausch von 86 % der umlaufenden Geldmenge) das Geschäfts- und Investitionsklima deutlich verbessert. Weiterhin sanierungsbedürftig bleibt das doppelte Defizit in der Handels- und Leistungsbilanz, die stark von anhaltenden Energieimporten (Iran u.a.) überschattet bleibt.

Konjunkturlage: Nach aktuellen Zahlen ist die indische Volkswirtschaft im Zeitraum Januar-/Februar mit 5,8 % BIP zwar stark gewachsen, die Prognosezahlen von 6,6 % BIP wurden wegen rückläufiger Investitionen und des schwächeren Privatkonsums aber deutlich verfehlt. Zugleich stieg die Arbeitslosenrate mit rund 6,1 % im Vergleich zum Vorjahr auf den höchsten Wert seit über vierzig Jahren. Die am stärksten wachsende Volkswirtschaft bleibt weiterhin China.

Wirtschaftspolitik: Für die nächsten fünf Regierungsjahre wird eine Modernisierung der Infrastruktur, eine Sanierung der ineffektiven Banken auf dem Land, eine Straffung der schwerfälligen Bürokratie, eine rüstungstechnologische Stärkung der Streitkräfte sowie die Sanierung des Staatshaushalts erwartet. Führende US-Ratingagenturen gehen davon aus, dass sich die Investitionstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte 2019 weiter erhöhen wird, da Indien auch für ausländische Direktinvestitionen attraktiver geworden ist.

Energiepolitik (TAPI-Pipeline): Pakistan forderte die Regierung in Aschabat auf, den Liefergaspreis für die Gaspipeline „Turkmenistan – Afghanistan – Pakistan – Indien“ (TAPI) vor dem Baubeginn des pakistanischen Abschnitts nachhaltig zu senken (18.06.). Indien sollte demnächst dem Beispiel folgen. Die Preisverhandlungen sollen noch im laufenden Monat beginnen. Am 17.06. besuchte die turkmenische Regierungsinspektion die Baustelle des afghanischen TAPI-Abschnitts in der Provinz Herat. Über TAPI (aktuelle Gesamtlänge rund 1.814 km | Turkmenistan [214 km], Afghanistan [714 km], Pakistan [826 km], Indien [Länge noch offen]) soll jährlich über 33 Mrd. m³ Erdgas transportiert werden. Das Bauende des rund 7,9 Mrd. USD teuren Projekts wurde wegen der hohen Baukosten mittlerweile von Ende 2019 auf Anfang 2020 verlegt. (tw) ■

Indien | Außenpolitik

Für die neue Amtsperiode werden getreu der hinduistischen Zielsetzung Politikansätze erwartet, die zu einem wirtschaftlich und militärisch starken Indien führen, das sich – wie China – in einer globalisierten und multilateralen Welt zu behaupten weiß. Modi hat eine weitere Liberalisierung der Außen- und Außenhandelspolitik eingeleitet und damit hohe Investitionen gewonnen. Daher wird eine Fortsetzung dieser Öffnungs- und Integrationspolitik mit gleichzeitiger Diversifizierung der Importeure und der Erhöhung der nationalen Wertschöpfungskette erwartet. Während als Leitprinzip der Innenpolitik der national-patriotische Hinduismus prägend ist, wird auf außenpolitischer Ebene unter Wahrung der strategischen Allianz mit den USA (Einhegung Chinas) und des rüstungspolitischen Sonderverhältnisses mit Russland (Luftstreitkräfte, Raketenentwicklung [Flugkörper BrahMos]) auf Internationalismus, ein militärisch handlungsfähiges Indien (Satellitenabschuss 27.03.) sowie auf Multilateralismus (mit Australien, Japan und der EU) gesetzt. Im regionalen Umfeld hat sich in der Amtsphase das jeweils bilaterale Verhältnis zu Nepal und Sri Lanka verbessert, dort wird Indien als der „gutmütige Hegemon“ wahrgenommen. Zu Pakistan und seinem strategischen Partner China blieb das Verhältnis angespannt und von Ambiguität geprägt. In den nächsten fünf Jahren bleibt das Sonderverhältnis zu China zentral. Machtpolitische Gegensätze um die Vorherrschaft in Asien sind durch China (durch die expansive Kooperationsstrategie der „Neuen Seidenstraße“ [OBOR]) bereits wirtschaftspolitisch und militärstrategisch mit großer Durchschlagskraft umgesetzt und in Teilen entschieden (ASEAN-Länder [Einflusskette: Sri Lanka, Myanmar, Bangladesch, Malediven]) worden. Jedoch bestehen in den Bereichen Multilateralismus und Islamismus-/Terrorabwehr auch korrespondierende (Ballance-)Politikfelder.

ENERGIEPOLITIK

IEA | Fakten zur Kernenergie

Die IEA hat in ihrem jüngsten Bericht vor einem überhasteten Ausstieg aus der Atomenergie gewarnt. Eine Konzentration auf Kohle als Folge des Atomausstiegs würde die Klimaziele gefährden und die Energiesicherheit bedrohen. Die IEA prognostiziert zusätzliche 4 Mrd. t an CO₂-Emissionen aufgrund des Atomausstiegs. Die Kernenergie ist mit einem Anteil von 10 % an der weltweiten Stromversorgung die zweitwichtigste emissionsarme Energiequelle.

Japan | Wirtschaftslage 2019

Trotz der Handelskonflikte mit den USA und der konjunkturellen Abkühlung im Handelskonflikt mit China hat das Wirtschaftswachstum im Q-1/2019 einen Wert von 2,1 % BIP erreicht. Die Zahlen überraschen, da die Exporte um 2,4 %, der konjunkturell bedeutende Privatkonsum um 0,1 % und die Privatinvestitionen um 0,3 % zurückgingen. Die Vorprognosen von rund 1,6 % BIP wurden deutlich übertroffen. Japan repräsentiert nach den USA und China die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Ein bilaterales Handelsabkommen mit den USA steht in Planung. Jeweils Ende März endet das Fiskaljahr im Japan. Für 2018 wurde ein Wachstum von 0,6 % BIP gemeldet.

Frankreich | Atomenergie

Die Regierung plant im Zuge der Neuordnung des Energieproduzenten EDF die vollständige Ausgliederung und Übertragung des Kernenergiegeschäfts an den Staat. Frankreich weist mit 72 % den höchsten Atomenergieanteil an der Stromerzeugung weltweit auf. Ziel der Regierung ist es, diesen Anteil bis 2035 auf 50 % zu reduzieren. Bis dahin sollen 14 Reaktoren heruntergefahren werden. Aktuell bestehen 58 Reaktoren, die teils stark renovierungsbedürftig sind. Der Investitionsbedarf wird bis 2025 auf 30 Mrd. EUR veranschlagt. Die Erweiterung des KKW Flamanville in der Normandie um einen Reaktor verzögert sich weiter (Baubeginn 2007).

AUSSENHANDEL | EXPORT

EU-Mercosur: Das neue Freihandelsabkommen

Nach rund 20-jähriger Verhandlungszeit (Verhandlungsbeginn 1999) haben sich parallel zum G20-Gipfel in Osaka (JPN) die Delegationen der EU-Kommission und des „Gemeinsamen Marktes des Südens“ (Mercosur) auf ein Freihandelsabkommen geeinigt. Das Abkommen stellt einen Durchbruch in den EU-Südamerika-Beziehungen dar und gilt mit einem Potenzial von rund 770 Mio. Menschen als eines der bedeutendsten und größten Handelsabkommen, das die EU bislang gezeichnet hat (EU-Japan FTA: ca. 640 Mio. Menschen / höherer Handelsaustausch). Es ist zugleich das erste wichtige Handelsabkommen, das der Mercosur abgeschlossen hat. Bei den Exporten werden Zolleinsparungen in Höhe von rund 4 Mrd. EUR erwartet. Mitglieder des Mercosur sind mit Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay (die Mitgliedschaft Venezuelas wurde aufgehoben) nur südamerikanische Staaten, die nicht in einem anderen Bündnis stehen (wie Kolumbien, Chile, Peru sowie Bolivien).

Hintergrund: Die Verhandlungen mit der EU verliefen schleppend und blieben bis 2016 weitgehend erfolglos. Die Kooperationsverhandlungen wurden 1999 aufgenommen, jedoch 2004 wegen inhaltlicher Differenzen (Liberalisierung des Marktzugangs) wieder abgebrochen. Der Neustart 2010 führte in eine neuerliche Verhandlungspause (Argentinien). Die Neuverhandlungen ausgehend von der dritten Runde wurden erst nach den Neuwahlen in Argentinien (2016) wieder aufgenommen. Mit der Veränderung der US-Handelspolitik (Stopp multilateraler Abkommen wie TPP/TTIP) hatte die Bedeutung der EU-Mercosur-Verhandlungen zugenommen, obwohl das bilaterale Handelsvolumen (ca. 45 Mrd. EUR / davon 43 Mrd. EUR an EU-Exporten nach Südamerika) noch gering ist.

Organisation: Das am 26.03.1991 gegründete Wirtschaftsbündnis „Mercosur“ gliedert sich in den Rat des „Gemeinsamen Marktes“ (höchstes Beschlussfassungsorgan) zur Umsetzung der Ziele des Vertrages von Asunción. Exekutivorgan ist die Gruppe „Gemeinsamer Markt“, die konkrete Beschlüsse für den Integrationsprozess trifft. Die Handelskommission überwacht die Funktionsweise des gemeinsamen Außenzolltarifs. Die Gemeinsame Parlamentarische Kommission besteht aus Parlamentariern der Mitgliedsstaaten. Das beratende Wirtschafts- und Sozialforum wird aus Vertretern von Unternehmern und Gewerkschaften gebildet. Der Mercosur wird durch ein Verwaltungssekretariat mit Sitz in Montevideo (Uruguay) koordiniert. Derzeitiges (rotierendes) Vorsitzland ist seit 2017 Argentinien (Übernahme der G20-Präsidentschaft 2018 von Deutschland).

Ziele und Grundsätze: Die südamerikanische Wirtschaftsgemeinschaft fungiert als Zollunion und konzentriert sich auf die Verbesserung des freien Warenverkehrs und der Dienstleistungen mit dem Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Marktes. Absicht ist die Schaffung einer gemeinsamen Handelspolitik, die schrittweise Harmonisierung der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung (Einwirken auf die Ordnungspolitik), die Koordinierung der makroökonomischen Politikplanungen der Mitgliedsstaaten sowie die außenhandelspolitische Abstimmung.

Entwicklung: Der Mercosur kündigte im August 2014 den Aufbau einer komplementären Wirtschaftszone zwischen dem Mercosur, dem ALBA-Staatenbündnis und der Petrocaribe an. Eine Annäherung an die Pazifik-Allianz (Mexiko, Kolumbien, Peru und OECD-Mitglied Chile) scheiterte bislang. Im Ergebnis blieb Südamerika handelspolitisch zweigeteilt.

Mercosur-Mitglieder: Mit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay hat der Mercosur vier Vollmitglieder. Die Mitgliedschaft Venezuelas (Beitritt 2012) wurde (auf Antrag Paraguays) am 01.12.2016 auf unbestimmte Zeit suspendiert (Verletzung von Handelsnormen und demokratische Regeln durch Caracas). Im August 2017 erfolgte nach Beschluss der Mitgliedsstaaten, der politischen und sozialen Situation in Venezuela Rechnung tragend, dann der Ausschluss Venezuelas. Die südamerikanischen Staaten Bolivien, Chile (OECD-Mitglied), Kolumbien sowie Ecuador (OPEC) haben Beobachterstatus (assoziierte Mitglieder ohne Stimmrecht). Chile und Kolumbien sind Mitglieder der stärker wirtschaftsliberal ausgerichteten Pazifik-Allianz.

Ausblick: Der Zeichnung des EU-Mercosur-Freihandelsvertrages folgte das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam. Beide Verträge bedürfen noch der Ratifizierung der Parlamente. Beide Verträge wirken zugleich als Stärkung des regelbasierten Welthandels. (tw)

Die USA und der Handelspartner Mexiko

Im Berichtsmonat Mai-/Juni 2019 hatten die USA mit Verweis auf die „Bedrohung der Nationalen Sicherheit“ im Regelungsbereich des US-Heimatschutzministeriums (inkl. US SOUTHCOM) den politischen Druck auf Mexiko weiter erhöht. Absicht war es, schärfer gegen die illegale Migration mit Zielrichtung USA vorzugehen. Als Instrument diente hierbei die Handels-/Zollpolitik. Ab dem 10.06. sollten, außerhalb des vereinbarten trilateralen Handelsabkommens (Ratifikation ausstehend), Zölle auf alle Mexiko-Exporte in die USA um 5 % erhoben werden. Ab Juli sollen für die Folgemonate die Zölle in 5 %-Schritten erhöht werden, bis eine Obergrenze von 25 % erreicht wird. Im März wurden mexikanische Ausfuhren in die USA in Höhe von 31,3 Mrd. USD verzeichnet (Durchschnittshöhe 2017-/2018: 27,5 Mrd. USD). Ziel der US-Regierung ist es, das handelspolitische Instrument mit sicherheitspolitischen Forderungen (Migrationseindämmung) zu verbinden. Ferner sollen damit die aus den USA nach Mexiko abgewanderten Firmen wieder in die USA zurückgeholt werden.

Im Nachgang wurden auf der Ebene der Außenminister (Pompeo-/Ebrard am 05.06. in Washington, D.C.) Verhandlungen über die (Handels-)Beziehungen sowie Migrationsfragen aufgenommen (Frist: 10.06.). Parallel hierzu hatten mexikanische Sicherheitskräfte im Bundesstaat Chiapas (Grenze zu Guatemala) einen Einsatz gegen Migranten aus Mittelamerika gestartet und rund 1.000 Einwanderer beim Grenzübertritt konfrontiert (zahlreiche Festnahmen). Mit Wirkung vom 05.06. kündigte Außenminister Ebrard am 06.06. (noch während der Verhandlungen) die Entsendung von rund 6.000 Nationalgardisten an die (Süd-)Grenze zu Guatemala an (Ziel: Reduzierung des Migrationsdrucks). Die USA hatten dann beginnend ab dem 08.06. im Zuge der Verhandlungen die vormals angedrohten Wirtschaftssanktionen suspendiert.

USA – MEX Grenzkonstellation: Die USA werfen Mexiko angesichts von rund 75.000 Grenzübertritten in der Frage der Migrationsabwehr Handlungsunfähigkeit vor. Weitere 80.000 Migranten befänden sich im Verfügungsbereich der Immigrations-Behörden. Nach aktuellen Zahlen des US-Heimatschutzministeriums ist die Migration in die USA weiter angestiegen. Im Berichtsmonat April waren 110.000, im Mai 144.000 Personen an der Grenze (ohne Einreiseerlaubnis) festgenommen worden. Es sind dies die höchsten Zahlen seit 2007. Den Entscheid über die Annahme eines Asylverfahrens treffen in den USA die Immigrationsgerichte, die seit Jahren als überlastet gelten (Verfahrensdauer: 2-7 Jahre). Einreisende-/Asylsuchende können nach sechs Monaten Verweildauer eine offizielle Arbeitserlaubnis erhalten. Die Zahl illegaler Beschäftigungen („Heer der Papierlosen“) gilt als außerordentlich hoch. Bislang waren Verhandlungen, Mexiko als sicheren Drittstaat zu qualifizieren, wiederholt gescheitert.

Konjunkturlage: Die wirtschaftlichen Perspektiven haben sich im Kontext der Migrations- und Zollkonflikte, im Zuge der Auswirkungen des Regierungswechsels (Unklarheit der Investitionssicherheit, Rücknahme der Liberalisierung des Energiesektors), der sich verschlechternden Sicherheitslage und der Neubewertung des Marktzugangs zu den USA deutlich eingetrübt. Die Nationalbank hat ihre Wachstumsprognose für das laufende Jahr auf einen Pendelwert von 0,8 % BIP bis 1,8 % BIP zurückgenommen. Es ist dies die vierte Wachstumskorrektur in Folge. Auch im Vorjahr war das Wachstum nur um rund 1,4 % BIP gestiegen (2017: rund 2,0 % BIP).

Innere Sicherheit: Nach Behördenangaben verschlechtert sich die Sicherheitslage. Die durch Bandengewalt und hohe Kriminalität verursachte Instabilität dringt nun auch in bisher verschonte Landesteile (Landesteile mit geringen Todesraten) vor. Der mexikanische Unternehmerverband (Consejo Coordinador Empresarial / CCE) drückte zudem seine Besorgnis über steigende Kriminalität in Mexiko-City aus. Nach Bewertung der AHK Mexiko ist die Lieferkette (regional unterschiedlich) gefährdet und beeinflusst bereits die Reinvestition deutscher Unternehmen (Überprüfung von Neuinvestitionen). Nach den Statistiken des „Sistema Nacional de Seguridad Pública“ (Nationales Sicherheitssystem [SNSP]) stiegen die Straftaten gegen Unternehmen (Betrachtungszeitraum: 01-2015 bis 01-2019) um 78 % (Gesamtzahl der Delikte 2018: 3,7 Mio.). (tw) ■

Venezuela | Krise hält weiter an

Nach aktuellen Zahlen der venezolanischen Zentralbank ging das BIP in den Jahren 2013-2018 um rund 52 % zurück. Zugleich fielen die Erdölexporte um rund 65 %, während die Inflation (nach Angaben aus Caracas) auf rund 130.060 % anstieg. Nach IWF-Angaben war die Inflation mit 1,3 Mio. %, nach Angaben des regulär gewählten Parlaments mit 1,7 Mio. % (10-facher Wert der Zentralbank) noch gravierend höher. Bislang hatte das Regime Maduro alle Wirtschaftszahlen als Staatsgeheimnis deklariert. Warum die Zentralbank nun Zahlen veröffentlicht, ist unklar. Der IWF verlautbarte, keine Einflussnahme auf die Regierung in Caracas vorgenommen zu haben. Die Zusammenarbeit mit dem IWF wurde im Januar 2019 eingestellt. Experten gehen davon aus, dass Venezuela nicht vom IWF ausgeschlossen wird und mit dem Zahlenwerk internationale Finanzhilfe beantragen kann.

Blackout in Südamerika

Die nun veröffentlichten Daten ermöglichen die Erfassung des rund 15 Stunden dauernden Stromausfalls in Argentinien und Uruguay (keine Extremtemperaturen anliegend). Im Ergebnis waren rund 47 Mio. Menschen ohne Strom. Argentinien ist mit Paraguay am Paraná-Fluss mit dem Kraftwerk Yaciretá und mit Uruguay mit dem gemeinsam betriebenen Kraftwerk „Salto Grande“ am Uruguay-River verbunden. Die Erklärung für den Totalausfall ist nach Stellungnahmen der Energieversorger Edesur und Edenor (Argentinien) und UTE (Uruguay) weiter lückenhaft, die Behörden haben bislang keine belastbare Erklärung. Da auf der Südhalbkugel derzeit Winter ist, werden nur begrenzt Klimaanlagen eingeschaltet. Der Unterstaatssekretär für Zivilschutz hat keine Erklärung und bewertet den Zusammenbruch als historisches Ereignis in der Energieversorgung Argentiniens. Verschont blieb nur die dünn besiedelte südliche Landesspitze Argentiniens (Feuerland).

China: Großmacht bei Seltenen Erden

Vor dem Hintergrund neuer industrieller Prozesse und der Entwicklung von Zukunftsindustrien hat sich durch die gewachsene Unentbehrlichkeit von Rohstoffen nicht nur der Druck auf die Sicherstellung von Rohstoffimporten, sondern auch auf landesinterne Recyclingprozesse deutlich erhöht. Strategische Rohstoffe und insbesondere „Seltene Erden“ (als Schlüsselrohstoffe) erfahren damit hohe industriepolitische Bedeutung und zugleich technologisch-sicherheitspolitische Relevanz.

Im Bereich der strategischen Ressourcen nehmen Seltene Erden als „technologische Gewürzmetalle“ wegen ihrer physikalisch-chemischen Eigenschaften (17 Metalle der Lanthanoid-Gruppe des Periodensystems) eine Sonderstellung ein, da Produktionsabhängigkeit und Versorgungsrisiko hoch sind. Die sicherheitspolitische Relevanz dieser Schlüsselrohstoffe (inkl. Kobalt, Lithium) wird bei Rüstungsprodukten besonders deutlich. So benötigt ein strategisches Angriffs-U-Boot der Virginia-Klasse (US Navy) rund 4 t Seltene-Erde-Rohstoffe, ein Zerstörer (Arleigh-Burke-Klasse) rund 2 t und das moderne Stealth-Kampfflugzeug F-35 rund 400 kg pro Maschine. Die Produktion von Hochtechnologie ist ohne diese Ressourcen ausgeschlossen. Da sich der Westen sehr lange von Marktgesetzmäßigkeiten leiten ließ, ist bei den NATO-Mitgliedsstaaten heute eine Importabhängigkeit von Seltenen Erden aus China zu rund 100 % eingetreten. Damit liegt die Importabhängigkeit bei Seltenen Erden, deren Produktionserhöhung in den USA nur langsam vorankommt, weit höher als bei russischem Erdgas.

Produktion: China dominiert als mehrstufiger Monopolist mit seinen riesigen Vorkommen im Bereich des Rohstoffabbaus rund 80 % der Weltproduktion. Zugleich hält China rund 40 % der globalen Reserven. Damit wird eine Produktionskapazität von 170.000 t Seltenen Erden pro Jahr erreicht. Auch im Bereich der Wertschöpfungskette nimmt China eine Sonderstellung ein, da die chinesische Industrie fast alle nachgeordneten Produktionsprozesse (Gewinnung und Aufbereitung der Erze, Fertigung von Komponenten) abdeckt (Anteil Chinas an der Magnetproduktion: ca. 80 %). Auf den nachfolgenden Plätzen kommen Produzenten aus Australien (rund 20.000 t jährlich), Kasachstan und den USA. Als problematisch wird nicht nur der Aufwuchs von Produktionsfähigkeiten sondern auch die Leistungsfähigkeit der Bergbauunternehmen bewertet. Der australische Rohstoffkonzern Lynas sieht sich mit schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen konfrontiert, der US-Rohstoffkonzern Molycorp hat bereits 2015 die Produktion eingestellt. Der Umsteuerungsbedarf in den USA wurde im Weißen Haus erkannt, die Erhöhung der US-Produktion beschlossen.

Europäische Förderstätten: Auch in Europa werden Seltene Erden gefördert. Bekannte Förderstätten befinden sich auf Grönland und in Schweden, der Abbau erfolgt indes nicht von europäischen Unternehmen. Die Erschließung der Vorkommen auf Grönland erfolgt gegenwärtig durch chinesische Firmen. Da die Marktstellung chinesischer Unternehmen mit sechs staatlichen Förderkombinaten bei niederen Förderkosten dominiert, würde eine europäische Produktion nur mit über dem Markt liegenden hohen Produktionskosten erfolgen.

Lieferkonstellation: Die im Zeitraum 2014-2017 in die USA gelieferten Seltenen Erden stammen zu 80 % aus China (Zahlen 2018 liegen noch nicht vor). Peking erwägt im Handelsstreit die Exporte in die USA als Mittel im Handelsstreit zu reduzieren. Damit könnte China wichtige Zukunftsindustrien in den USA, wie die Elektromobilität oder Elektronikartikel lähmen, sollte es den USA nicht gelingen die Importe zu substituieren. Experten rechnen mit bis zu fünf Jahren, bis in den USA entsprechende Bergbau- und Veredelungskapazitäten aufgebaut sein würden. (tw)

Der IAP Dienst beobachtet, analysiert und kommentiert seit über 30 Jahren die Internationalen Beziehungen. Unsere Kernkompetenzen untergliedern sich in die Bereiche Nachrichtengewinnung zur Lagefeststellung sowie in den Bereich der Bereitstellung qualifizierter Informations- und Datenbankdienste zur ergänzenden Lagebewertung.

IAP-Dienst
C O U R I E R

Der tagesaktuelle Nachrichtendienst
zur professionellen Unterrichtung weltweit

IAP-Dienst
W I R T S C H A F T

Das monatliche Fachmagazin
für Konjunktur-, Länder- und Exportanalysen

IAP-Dienst
G L O S S A R

Das Glossar
zur Informations- und Wissensüberlegenheit



Bestellen Sie bequem unter:
WWW.IAP-DIENST.DE

IMPRESSUM

Verleger: IAP Publizistische Gesellschaft für Politik und Zeitgeschehen mbH, HRB 144842 AG München, Chefredakteur Thomas M. Wandler, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Politik und Internationale Studien (IPIS) München und den IAP-Analysten **Kontakt:** IAP GmbH - Postfach 34 01 60, 80098 München, Tel. +49(0) 89.226600 |

Leserservice: leserservice@iap-dienst.de; www.iap-dienst.de | **Bankverbindung:** GENO München IBAN DE 59701694640000875082 | BIC: GENODEF1M07

Der IAP-Dienst Wirtschaft erscheint monatlich in deutscher Sprache und ist nur als e-Paper im Jahresabonnement erhältlich (Behörden-/Standortlizenzen: auf Anfrage, siehe aktuell gültige Preisliste im Internet / www.iap-dienst.de). Kündigungsfrist zwei Monate vor Ablauf des Jahresabonnementszeitraumes. Erfolgt keine Kündigung, verlängert sich das Abonnement um weitere zwölf Monate. Copyright: Nur mit Genehmigung des Verlegers. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Beiträge und Abbildungen in allen IAP-Publikationen auch in Form von Übersetzungen, Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen, sowie die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen ist unzulässig und strafbar und nur mit Genehmigung des Verlegers möglich. Keine Haftung bei Nichterscheinen in Folge höherer Gewalt.

ISSN: 1613-2890